

Antrag der FDP-Fraktion

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Rat der Stadt	28.03.2011	Entscheidung

Betreff

Verkauf der "städtischen" RWE-Aktien

Inhalt

Der Rat der Stadt beschließt den schnellstmöglichen Verkauf aller RWE-Aktien, die sich im Anteilseigentum der Stadt Duisburg und/oder im Besitz einer städtischen Gesellschaft befinden. Voraussetzung für einen gewinnbringenden Verkauf (Kalkulation unter Berücksichtigung und Verrechnung der jährlichen Dividende) ist die Höhe des Aktienkurses. Demnach soll der Verkauf der Wertpapiere sofort bei einem Kurslimit von 70,00 Euro erfolgen. Der Erlös wird zur Schuldentilgung eingesetzt.

Begründung:

Zum wiederholten Male hat die Finanzaufsicht die Stadt Duisburg und ihre Entscheidungsträger dazu aufgefordert, endlich Konsolidierungsmaßnahmen vorzunehmen, die kurz- und langfristig den Haushaltsausgleich herstellen können. Dies ist am ehesten durch die Reduzierung der gewaltigen jährlichen Zinslast möglich, die wegen der hohen Altschulden zu leisten ist. Demnach liegt der Schlüssel zum angestrebten Haushaltsausgleich vornehmlich bei der Reduzierung der Altschulden. Hier ausschließlich Hilfen durch Land und Bund herbei zu wünschen, ohne selbst deutlich erkennbare Eigenleistungen erbracht zu haben, ist aus Sicht der FDP äußerst fragwürdig. Nur durch die Reduzierung der angehäuften Altschulden reduzieren sich auch die jährlichen Zinsen. Nur durch die Reduzierung der jährlichen Zinslast ist zukünftig ein ausgeglichener Haushalt möglich. Erst dann wird die Stadt wieder Gestaltungsspielräume erlangen. Die effektivste Möglichkeit zur Senkung der Altschulden ist (wie in privaten Lebensbereichen auch) der Verkauf von Vermögensbeständen und Beteiligungen.

Hier kommt u. a. der Verkauf aller RWE Aktien in Betracht, die derzeit einen Erlös von ca. 10 Mio. Euro erwarten lassen (161.660 Stammaktien á 70,00 Euro = 11.316.200,00 Euro, abzüglich anfallender Kosten).

Selbst dann, wenn sich die (durch den Verkauf der RWE-Aktien) eingesparten jährlichen Zinszahlungen und die derzeitige Dividende die Waage halten sollten, handelt es sich dennoch um ein deutliches Signal in Richtung Landes- und Bundesregierung. Außerdem wird die Forderung der Finanzaufsicht nach 'deutlich sichtbaren Einschnitten und Eigenleistungen' erfüllt, ohne dass die Bürger oder die Gewebetreibenden der Stadt davon berührt würden.